



Resolution anlässlich der Vollversammlung 2019

Berufsschullehrpersonen fordern Gleichstellung

Der Frauenstreik im Juni 2019 hat gezeigt, dass die Forderung nach Gleichstellung auch bei uns noch nicht erfüllt ist. Weiterhin gibt es in unserer Arbeitswelt Lohnungleichheit und ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Mann und Frau schwierig. Der Kanton Zürich hat die gesellschaftliche und gesetzliche Pflicht, in Sachen Gleichstellung eine Vorbildfunktion zu übernehmen. An den Zürcher Berufsfachschulen ist tatsächlich schon einiges unternommen worden. So wurde mit den «ausserordentlichen Lohnmassnahmen» 2011 eine Transparenz bei der Einstufung der Lehrpersonen geschaffen. Ungleichheiten konnten mit einem Lohnanstieg bis zu drei Stufen kompensiert werden. Dennoch stellen wir im Jahr 2019 Handlungsbedarf fest: Immer noch sind nur wenig Frauen in Schulleitungen vertreten, immer noch ist Teilzeitarbeit in Leitungsfunktionen nur bedingt möglich. Und häufig sind es Menschen mit Betreuungsaufgaben oder Unterbrüchen in der Anstellung aufgrund von Care-Arbeit, die trotz Kompensationen weiterhin schlechter eingestuft sind als ihre Kolleginnen und Kollegen.

Wir sehen den Moment gekommen, in dem der Kanton Zürich untersuchen soll, in welchen Punkten er diesem Anspruch der Gleichstellung schon heute gerecht wird und in welchen Bereichen es Nachholbedarf gibt.

Die LKB-Vollversammlung fordert eine Lohngleichheitsanalyse an allen Berufsfachschulen

Die LKB anerkennt die Bemühungen der Bildungsdirektion bezüglich einheitlicher Einstufung und der Gleichbehandlung bei Stufenerhöhungen. Knapp zehn Jahre nach der Teilrevision des Lohnsystems ist es aber Zeit für eine umfassende Überprüfung. Insbesondere soll dabei angeschaut werden, ob Lehrpersonen mit nicht linearer Berufsbiografie gerecht eingestuft wurden und ob der Faktor Erziehungsarbeit korrekt angerechnet wurde.

Die LKB-Vollversammlung unterstützt das MBA in der Förderung von Teilzeitstellen im Topsharing-Modell im Zuge des Projektes «Governance»

Die LKB-Vollversammlung begrüsst es, dass die Forderung nach Topsharing-Stellen, welche bereits anlässlich der Vollversammlung 2015 an die Regierungsrätin Silvia Steiner gestellt wurde, im Projekt «Governance» berücksichtigt wird. Wir erwarten vom MBA konkrete Anreize und Massnahmen für eine Flexibilisierung der Anstellungen für Schulleitungsmitglieder, damit die Attraktivität von Stellen in der Schulleitung für Frauen und Männer mit familiären Verpflichtungen oder anderen gesellschaftlichen Aufgaben gewährleistet wird.